


Die «regelbasierte Ordnung»: Divergierende Auffassungen

Other Publication

Author(s):

Lieberherr, Boas 

Publication date:

2023-02

Permanent link:

<https://doi.org/10.3929/ethz-b-000595999>

Rights / license:

In Copyright - Non-Commercial Use Permitted

Originally published in:

CSS Analysen zur Sicherheitspolitik 317

Die «regelbasierte Ordnung»: Divergierende Auffassungen

Verschiedene Länder sprechen sich in ihrer Aussenpolitik verstärkt für eine regelbasierte Ordnung aus. Der genaue Inhalt dieses Konzepts bleibt jedoch vage und zwischen den einzelnen Auffassungen bestehen grosse Unterschiede. Unklar ist, ob die neue Terminologie zu einem besseren gemeinsamen Verständnis für die grundlegenden Regeln, Normen und Institutionen der internationalen Ordnung beitragen kann.

Von Boas Lieberherr

Politikerinnen und Politiker verweisen zunehmend auf die «regelbasierte Ordnung» (RBO). Auch immer mehr Regierungen und Institutionen verwenden dieses Konzept, darunter die USA, Australien, Japan, Indien, Kanada, Frankreich, Deutschland, die Schweiz, die EU, der Verband Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN) und der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (Quad). Deutschland spricht in seinen Indo-Pazifik-Leitlinien aus dem Jahr 2020 siebzehn Mal von der RBO, Australien erwähnt sie in seinem Weissbuch zur Verteidigungspolitik 2016 gar 56 Mal. Der Quad – ein Kooperationsformat zwischen den USA, Australien, Indien und Japan – hat in seiner jüngsten gemeinsamen Erklärung seine Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der internationalen regelbasierten Ordnung, in der Staaten frei von jeglicher Form von militärischem, wirtschaftlichem oder politischem Zwang sind, bekräftigt.

Die zunehmende Beliebtheit der RBO führt nicht notwendigerweise zu mehr Klarheit darüber, was dieses Konzept beinhaltet. Eine eindeutige Definition der RBO existiert nicht. Keine Regierung benennt klar, was sie mit dem Begriff meint, und die Auffassungen der einzelnen Staaten gehen deutlich auseinander. Da zu einer Ordnung aufgerufen wird, die auf Re-



US-Aussenminister Antony Blinken diskutiert mit dem chinesischen Aussenminister Wang Yi über die «Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung». Alaska, März 2021. *Frederic J. Brown / Reuters*

geln basiert, könnte man meinen, die RBO beziehe sich auf das Völkerrecht, also auf rechtsgültige Regeln, die auf der Zustimmung jedes einzelnen Staates beruhen. Deutschland sticht von den in dieser Analyse untersuchten Ländern insofern heraus, als dass es die RBO direkt mit der UNO-Charta in Verbindung bringt. Zwar scheint das Völkerrecht immer Teil der jeweiligen Auffassungen zu sein, doch der Begriff beinhaltet weitere Aspekte. Er umfasst auch das, was normalerweise als *Soft Law* bezeichnet wird: rechtlich unverbindliche politische Zusagen wie etwa einen Ver-

tenscodex. Australien und die USA legen den Begriff noch breiter aus. Die globale Vorrangstellung der USA und die amerikanischen Militärbündnisse im asiatisch-pazifischen Raum sind Teil ihrer Auffassung der RBO, die gemäss ihrer Behauptung seit mehr als sechzig Jahren Bestand hat. Indien interpretiert die RBO weniger als etwas Bestehendes, sondern als etwas, das erst noch ausgearbeitet werden muss. China und Russland lehnen das Konzept ab, da es für sie gleichbedeutend mit einer Weltordnung unter der Führung der USA ist.

Russlands illegale Annexion der Krim, der militärische Angriff im Donbass im Jahr 2014 sowie der Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 wurden als gravierende Verletzung der RBO bezeichnet und haben die Krisenstimmung bezüglich der globalen Machtdynamiken weiter verschärft. Die Entstehung der RBO ist allerdings eng mit dem Aufstieg Chinas verbunden – was gleichermaßen für das Konzept des «Indo-Pazifiks» gilt. Heute werden die RBO und der Indo-Pazifik oft in Verbindung gebracht und gemeinsam genannt. Der Indo-Pazifik ist ein geopolitisches Konstrukt: der Indische Ozean und der Asien-Pazifik werden als ein zusammenhängender strategischer, diplomatischer und sicherheitspolitischer Raum verstanden mit Indien als zentralem Gegengewicht gegenüber China (siehe [Strategic Trends 2022 - Indo-Pacific: The Reconstruction of a Region](#) (auf Englisch)). Sämtliche Verfechter des Indo-Pazifiks berufen sich in ihren Strategieunterlagen auf eine Stärkung der RBO. Die wachsende Popularität der RBO findet also vor dem Hintergrund eines ehrgeizigeren und aggressiveren Chinas sowie eines sich verändernden globalen Mächtegleichgewichts statt. Zudem ist sie mit verschiedenen Vorstellungen und Visionen von internationaler Ordnung verknüpft.

Da etliche Staaten die Aufrechterhaltung der RBO als Kernziel ihrer ausenpolitischen Bemühungen definieren, diese mit der Sicherheit und dem Wohlstand ihres Landes in Verbindung bringen und verschiedene Massnahmen unter dem Banner der Aufrechterhaltung der RBO implementieren, werden nachfolgend die Interpretationen von vier wichtigen Befürwortenden der RBO – USA, Australien, Deutschland und Indien – beleuchtet und die Ansichten der Länder, die dem Begriff kritisch gegenüberstehen, in Kürze dargestellt. Ein besseres Verständnis der jeweiligen Unterschiede und Gemeinsamkeiten soll eine fundiertere Diskussion über die RBO ermöglichen.

Wie kann man Ordnung definieren?

Eine RBO kann ganz allgemein als gemeinsames Engagement von Staaten verstanden werden, ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit einem bestehenden Regelwerk durchzuführen. Aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter gerät dies, was sie als die gegenwärtige RBO verstehen, zunehmend unter Druck. Dies wirft die Frage auf, welche Institutionen, Regeln und Normen das heutige internationale System überhaupt bestimmen. Die

Definition von Ordnung ist sowohl ein schwieriges als auch ein umstrittenes Unterfangen. Der bekannteste Begriff für das nach dem Kalten Krieg entstandene internationale System ist die «liberale internationale Ordnung» (LIO). Zentrale Aspekte der LIO sind Freihandel, multilaterale Institutionen wie die UNO und der Internationale Währungsfonds, sowie Demokratie und liberale Werte. Der Politikwissenschaftler John Ikenberry charakterisierte diese Ordnung anhand dreier Säulen: der

Die Entstehung der RBO ist eng mit dem Aufstieg Chinas verbunden.

sicherheitspolitischen Ordnung inklusive der US-amerikanischen Militärbündnisse im Asien-Pazifik, der Wirtschaftsordnung und der Menschenrechtsordnung. «Unordnung» besteht, wenn die drei Säulen nicht mehr länger miteinander verflochten sind und von ihren Vorteilen auch ohne bestimmte Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen und gemeinsamen Werte profitiert werden kann.

Der Wissenschaftler Alastair Iain Johnston unterteilt die LIO in acht Teilordnungen. Die wichtigsten davon sind die konstitutive, die militärische, die Handels- sowie die politische und soziale Entwicklungsordnung. Sowohl China als auch die USA verteidigen beziehungsweise stellen gewisse Ordnungen in unterschiedlichem Masse in Frage. China unterstützt sechs von acht Ordnungen in mittlerem bis hohem Mass. Zum Beispiel verteidigt Peking die im UNO-System eingebettete konstitutive Ordnung, stellt jedoch die politische und soziale Entwicklungsordnung infrage, welche Aspekte wie Menschenrechte oder liberale politische Werte umfassen. Auch die USA stehen in Konflikt mit einigen internationalen Normen und Institutionen, wie etwa dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Internationalen Gerichtshof. Washington lehnt mehrere Übereinkommen ab, die China unterstützt, wie etwa das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Johnston zufolge werden die Begriffe LIO und RBO zunehmend synonym verwendet, wobei Letzterer vorwiegend im Zusammenhang mit China in Erscheinung tritt.

Ground Zero Australien

Der Begriff RBO hielt 2008 Einzug in den offiziellen politischen Diskurs, als die Welt von der globalen Finanzkrise erschüttert

wurde. Bei einem Besuch in den USA rief der damalige Premierminister Australiens, Kevin Rudd, Peking dazu auf, einen, wie er es nannte, bedeutenden Beitrag zur Stärkung der globalen und regionalen regelbasierten Ordnung zu leisten. Danach tauchte der Begriff im australischen Weissbuch zur Verteidigungspolitik 2009 auf.

Ein Jahr später griff US-Aussenministerin Hillary Clinton den Begriff wieder auf – erneut im Zusammenhang mit Australien und China. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die USA und Australien zur Stärkung einer internationalen regelbasierten Ordnung auf. In Bezug auf diese Erklärung sagte sie, die USA verlangten von China die

Übernahme von mehr Verantwortung sowie die Verfolgung eines regelbasierten Ansatzes seinen Nachbarn gegenüber. 2011 erklärte Clinton, es müsse eine regelbasierte Ordnung erschaffen werden, eine Ordnung, die offen, frei, transparent und fair sei. In den darauffolgenden Jahren verschob sich die Bedeutung des Begriffs in den USA von einer Aspiration für alle Länder hin zu einem seit sechzig Jahren bestehenden Konstrukt, das den Handlungen Chinas gegenübergestellt wurde. 2012 verlautete US-Verteidigungsminister Leon Panetta, China falle eine entscheidende Rolle bei der Achtung der regelbasierten Ordnung zu, von welcher die Region seit sechs Jahrzehnten profitiere. Fünf Jahre später bekräftigte US-Aussenminister Rex Tillerson, die USA würden vor den Herausforderungen, welche China für die regelbasierte Ordnung darstelle, nicht zurückweichen.

Wessen Regeln, welche Regeln?

Heute nimmt die RBO einen zentralen Platz im diplomatischen Wörterbuch vieler Länder ein. Anhand der Verständnisse vierer wichtiger Verfechter – der USA und Australien, welche das Konzept als Erste verwendeten, Deutschland als führendes europäisches Land sowie Indien als zentraler Akteur im Indo-Pazifik – werden Kongruenzen und Divergenzen in den entsprechenden Sichtweisen aufgezeigt.

In den USA wurde der Begriff erstmals unter der Obama-Regierung verwendet. Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) aus dem Jahr 2015 brachte als erste die US-amerikanische Vormachtstellung mit der RBO in Verbindung: eine starke und dauerhafte amerikanische Führung sei für eine regelbasierte internationale Ordnung, die globale Sicherheit und Wohlstand fördert,

unverzichtbar. Berichten zufolge fand das RBO-Konzept beim ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump wenig Anklang. Zwar verwendeten hohe Regierungsmitglieder den Begriff weiterhin, doch er floss nicht in die NSS 2017 ein. In der NSS aus dem Jahr 2022 umschreibt die Biden-Regierung die RBO mit der Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten, der Gewährleistung einer fairen Art des wirtschaftlichen Austauschs und der Förderung des Wohlstands sowie dem Ermöglichen von Zusammenarbeit bei gemeinsamen Herausforderungen. Diesen Aspekten werden Aggression, Zwang und Einmischung von aussen entgegengesetzt. Gemäss der NSS stellen China und Russland eine Bedrohung für die RBO dar und beabsichtigen, sie umzugestalten. Die NSS verweist an mehreren Stellen auf das Völkerrecht, die UNO-Charta sowie die Notwendigkeit, die UNO zu modernisieren. Allerdings werden diese Aspekte nicht in direktem Zusammenhang mit der RBO erwähnt.

Australien ist ein vehementer Verfechter der RBO. Der Begriff spielt in den australischen Weissbüchern zur Verteidigungspolitik seit 2009, der Nationalen Sicherheitsstrategie 2013 und dem Weissbuch zur Aussenpolitik aus dem Jahr 2017 eine zentrale Rolle. In den ersten beiden Weissbüchern zur Verteidigungspolitik (2009, 2013) wurde die RBO explizit in der UNO und der UNO-Charta verankert. Gleichzeitig wurde anerkannt, dass die strategische Grundlage der RBO auf der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehenden globalen Führungsrolle der USA basiere. Interessanterweise verschwindet in den darauffolgenden offiziellen australischen Dokumenten die direkte Verbindung zwischen der RBO und der UNO-Charta. Der Begriff wurde fortan breiter ausgelegt. Das jüngste Weissbuch zur Verteidigungspolitik aus dem Jahr 2016 beschreibt die RBO als eine gemeinsame Verpflichtung aller Länder, ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit vereinbarten Regeln, die sich mit der Zeit weiterentwickeln, wie etwa dem Völkerrecht sowie regionalen Sicherheitsabkommen, zu gestalten. Diese Ordnung fördere die friedliche Konfliktlösung, begünstige den freien und offenen Handel und unterstütze die wirtschaftliche Entwicklung durch den uneingeschränkten Zugang zu globalen Gemeingütern. Ausserdem habe der institutionelle Rahmen der RBO die Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen Australiens während über siebzig Jahren gefördert.

Deutschlands Indo-Pazifik-Leitlinien aus dem Jahre 2020 sind insofern aussergewöhnlich, als dass diese die UNO-Charta, Menschenrechtsabkommen sowie Verträge zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung als die zentralen Aspekte der RBO ausweisen. Die Notwendigkeit einer solchen Ordnung bettet sich in die Auffassung ein, dass der Indo-Pazifik der «Schlüssel für die Ausgestaltung der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert» darstelle, und dass die Verfestigung bipolarer Strukturen zwischen den USA und China den Wohlstand in Deutschland gefährden könnte. Die Leitlinien legen den Schwerpunkt auf Inklusivität und Deeskalation, während bei der Umsetzung ein starker Fokus auf Sicherheit und Verteidigungszusammenarbeit mit Partnern wie Australien und Japan liegt. 2022 bekräftigte Bundesausserministerin Annalena Baerbock das Engagement Deutschlands für die RBO, die «auf der Charta der Vereinten Nationen basiert, auf den Prinzipien von Selbstbestimmung, der Achtung von Freiheit und Menschenrechten und dem Prinzip der internationalen Zusammenarbeit.»

Indien hat das Konzept der RBO vor dem Hintergrund eines aufstrebenden Chinas, der Entstehung des Indo-Pazifiks sowie einer neuen Regierung unter Premierminister Narendra Modi, die ältere aussenpolitische Konzepte erneuern wollte, übernommen. Modis Rede anlässlich des Shangri-La-Dialogs 2017 umreisst bislang

Deutschlands Indo-Pazifik-Leitlinien weisen die UNO-Charta und Menschenrechtsabkommen als die zentralen Aspekte der RBO aus.

am genauesten, wie die Regierung das Konzept der RBO (und das des Indo-Pazifiks) versteht. Für Indien stehen die Souveränität und die territoriale Integrität der Staaten sowie die Gleichheit aller Länder im Zentrum der RBO. Modi zufolge muss sich die RBO jedoch zuerst durch Dialog herausbilden und die entsprechenden Regeln und Normen müssen auf der Zustimmung aller basieren, nicht auf der Macht einiger weniger. Wahrscheinlich zielt die Modi-Regierung mit diesen Äusserungen nicht nur auf China, sondern auch auf die USA und ihre Verbündeten ab. Aus indischer Sicht ist das gegenwärtige internationale System nach wie vor von einer westlichen Übermacht geprägt. Indien spricht sich für eine Reform des UNO-Sicher-

Weiterführende Literatur

Adam Breuer / Alastair Iain Johnston, «**Memes, narratives and the emergent US–China security dilemma**», in: *Cambridge Review of International Affairs* 32:4 (2019), S. 429–455.

Christian Wirth, «**Whose «Freedom of Navigation»? Australia, China, the United States and the making of order in the «Indo-Pacific»**», in: *The Pacific Review* 32:4 (2019), S. 475–504.

Lowy Institute, «**Australia's Security and the Rules-Based Order**», gesichtet am 08.01.2023.

heitsrats sowie eine bessere Vertretung in Institutionen wie etwa dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aus. Zudem versicherte Modi – wenn auch nicht in Zusammenhang mit der RBO –, Delhi werde sich durch die uneingeschränkte Verpflichtung gegenüber dem internationalen Recht in der Welt engagieren.

Kein gemeinsamer Nenner

Die Interpretationen der RBO von den USA, Australien, Deutschland und Indien klaffen sichtlich auseinander. Zwar stimmen die vier Länder darin überein, dass die RBO eine Verpflichtung von Staaten zur Durchführung ihrer Aktivitäten in Übereinstimmung mit vereinbarten Regeln darstellt, doch darüber, was diese Regeln beinhalten, besteht Dissens. In allen Auffassungen der RBO spielt das Völkerrecht eine Rolle. In hierarchischer Hinsicht scheint die RBO auf dem Völkerrecht aufzubauen, umfasst jedoch weite-

re Aspekte wie etwa unverbindliche Normen, Standards und Verfahren in verschiedenen internationalen Foren und Verhandlungsprozessen. Daraus folgt, dass die RBO theoretisch Regeln und Normen beinhalten könnte, denen gewisse Staaten nicht zugestimmt haben.

Deutschland vertritt eine vergleichsweise eng gefasste Interpretation der RBO: Von den vier analysierten Ländern ist es das einzige, das die RBO direkt mit der UNO-Charta in Verbindung bringt. Die USA und Australien hingegen weisen ein breiteres Verständnis auf. Ihrer Ansicht nach ist die RBO nicht nur ein System, das Institutionen wie die UNO sowie das Völkerrecht einschliesst, sondern auch die US-ameri-

kanische globale Vormachtstellung einschliesslich ihrer Militärbündnisse im Asien-Pazifik sowie Regeln und Normen, die sich mit der Zeit weiterentwickeln. Obwohl der Begriff erst vor rund einem Jahrzehnt zum ersten Mal verwendet wurde, verstehen Washington und Canberra die RBO als ein Konstrukt, das bereits seit über sechzig Jahren Bestand hat. Die USA benennen China und Russland explizit als Bedrohung für die RBO. Indien wiederum befindet sich ausserhalb des Spektrums der eng oder weit gefassten Interpretationen des Begriffs: Neu-Delhi spricht davon, dass eine RBO durch Dialog *herausgebildet* werden muss, und dies auf der Grundlage der Gleichheit aller Staaten.

Kritische Stimmen

China und Russland lehnen den Begriff der RBO ab, da sie diesen mit einem unipolaren System unter der Führung der USA in Verbindung bringen. Chinesische Regierungsbeamte haben *die auf das Völ-*

Gegensätzliche Formulierungen der RBO widerspiegeln die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich bestehender Regeln und Machtstrukturen.

kerrecht gestützte internationale Ordnung bekräftigt und sprechen sich gegen das Engagement einer kleinen Anzahl von Ländern für die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung aus. Aus der Sicht Pekings genügt es, die internationale Ordnung mithilfe des Völkerrechts und des UNO-Systems zu umschreiben. China befürwortet eine multipolare Weltordnung, in welcher die Kernwerte der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung sowie Pekings Interpretation der Menschenrechte dominieren. Eine solche Ordnung könnte genauso regelbasiert sein, denn sie stützt sich auf Teile der UNO-Charta. In diesem Zusammenhang bezieht

sich das gemeinsame Statement von China und Russland vom Februar 2022 auf die von den Vereinten Nationen vorangetriebene internationale Architektur und die auf dem Völkerrecht basierende Weltordnung. Allerdings würde sich eine internationale Ordnung, in der Chinas Präferenzen wie oben beschrieben vorherrschen, wahrscheinlich von einer unterscheiden, in der sich die Vision der USA als einflussreicher erweist.

Gegensätzliche Formulierungen der RBO sowie die an den Begriff gerichtete Kritik widerspiegeln die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich bestehender Regeln, Machtstrukturen und der globalen Ordnung. Die Streitigkeiten um die Auslegung der Norm der Schifffahrtsweltfreiheit (*Freedom of Navigation, FON*), die im UNO-Seerechtsübereinkommen UNCLOS (*UN Convention on the Law of the Sea*) geregelt ist, verdeutlichen die Komplexität und Vielschichtigkeit der Konflikte, in welchen sich das Tauziehen um Macht und die Interpretation von Regeln und Normen abspielt. Die USA und ihre Verbündeten kritisieren, dass China die FON durch den Bau und die Militarisierung künstlicher Inseln im Südchinesischen Meer infrage stelle. Offensichtlich bestehen

berechtigte Bedenken über Chinas Expansionismus im Südchinesischen Meer. Jedoch existiert in Asien keine einheitliche Auffassung bezüglich der FON. Das gilt insbesondere für Kriegsschiffe. China, Indien und weitere asiatische Küstenstaaten versuchen, die Aktivitäten ausländischer Kriegsschiffe in ihren jeweiligen ausschliesslichen Wirtschaftszonen einzudämmen. In diesem Zusammenhang liegt das indische Verständnis von FON näher an demjenigen von China als demjenigen der USA. Aus diesem Grund führen die USA auch vor der indischen Küste «Freedom of Navigation Operations» durch. Umgekehrt verfechten die USA und Aust-

ralien eine grosszügige Auslegung der FON für Kriegsschiffe. Obwohl die USA sich im Rahmen des Gewohnheitsrechts an UNCLOS halten, haben sie das Abkommen bislang nicht ratifiziert und stehen technisch gesehen ausserhalb des Regelwerks.

Dominierende Ambiguität

Das Konzept der RBO umfasst eine Vielzahl an Bedeutungen und scheint eher ein politischer als ein analytischer Begriff zu sein. China lehnt das Konzept gerade deshalb ab, weil es das UNO-System als ausreichende Bezeichnung für die Basis der internationalen Ordnung versteht. Unklar bleibt, ob die divergierenden Interpretationen der RBO zu einem besseren gemeinsamen Verständnis für die zentralen Regeln, Normen und Institutionen der künftigen internationalen Ordnung führen werden. Allerdings liegt aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter der RBO möglicherweise genau in dieser begrifflichen Ambiguität ein Teil des Nutzens. Trotz teils entgegengesetzter Auffassungen bietet der Begriff eine gemeinsame diplomatische Terminologie, um die unter anderem durch den Aufstieg Chinas angestossenen globalen Machtverschiebungen implizit zu thematisieren. Seine genauere Bedeutung ist jedoch abhängig von der Perspektive des Akteurs, der ihn verwendet. Um spezifische Aspekte der internationalen Ordnung zu verteidigen, wie etwa internationale Institutionen, Menschenrechte oder eine bestimmte Auslegung der FON, dürfte es hingegen effektiver sein, die bedrohten Aspekte explizit zu benennen.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Boas Lieberherr ist Senior Researcher im Team Globale Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberinnen: Névine Schepers, Sophie-Charlotte Fischer
Lektorat: Boas Lieberherr, Julian Kamasa
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Russlands Zukunft als Rohstoffmacht Nr. 316
Die Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sicherheit Nr. 315
Der ungewisse Weg der Ukraine in die EU Nr. 314
Normen vs. Realitäten: Die Cyberthematik bei der UNO Nr. 313
Atomkraft Russland Nr. 312
Seouls wachsende Verteidigungsambitionen Nr. 311

© 2023 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000595999